

Merkels Regierungsbilanz | 19.11.2015 | Lesezeit 4 Min.

Einiges bewegt, vieles liegengelassen

Seit zehn Jahren ist Angela Merkel Bundeskanzlerin. In dieser Zeit hat sie die Politik maßgeblich geprägt, man denke nur an die Energiewende und die Frauenpolitik. Auf dem Arbeitsmarkt dagegen hat Merkel nur die Ernte der rot-grünen Reformen eingefahren – andere Aufgaben sind liegen geblieben.

Wenn es nach Torsten Albig ginge, könnte seine Partei bei der nächsten Wahl auf einen eigenen Kanzlerkandidaten verzichten. Denn Merkel, so der sozialdemokratische Landeschef von Schleswig-Holstein, mache ihre Sache „ganz ausgezeichnet“.

War die Politik der Kanzlerin in den vergangenen zehn Jahren aber tatsächlich sozialdemokratisch, oder musste sie um des lieben Koalitionsfriedens willen permanent Kompromisse eingehen, die sie in ihrem Herzen nicht wollte? Beides ist wohl richtig. Eine Bilanz (Grafik):

Zehn Jahre Merkel: Die Arbeitsmarktbilanz



Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iwd 47

Nicht zu bestreiten ist, dass Merkel den Sozialstaat umgebaut hat – aber eben nicht immer zum Guten. Noch allen in Erinnerung sein dürfte die Schlacht um die Mütterrente, die Rente mit 63 und die Pflegereform. Wobei die Mütterrente ein Kind der West-CDU-Frauen war und von Merkel im Wahlkampf wohlwollend begleitet wurde. Die Rente mit 63 dagegen wurde einzig von der SPD befördert und von der Union nur mitgetragen, damit die Koalition nicht zerbricht.

Bei der Pflegereform wiederum sieht es ein wenig anders aus. Dass auch Demenzkranke Leistungen bekommen – darauf hatte sich Merkel frühzeitig kapriziert. Zumal Gesundheits- und Pflegeminister Hermann Gröhe und der Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung Karl-Josef Laumann getreue Merkel-Leute sind.

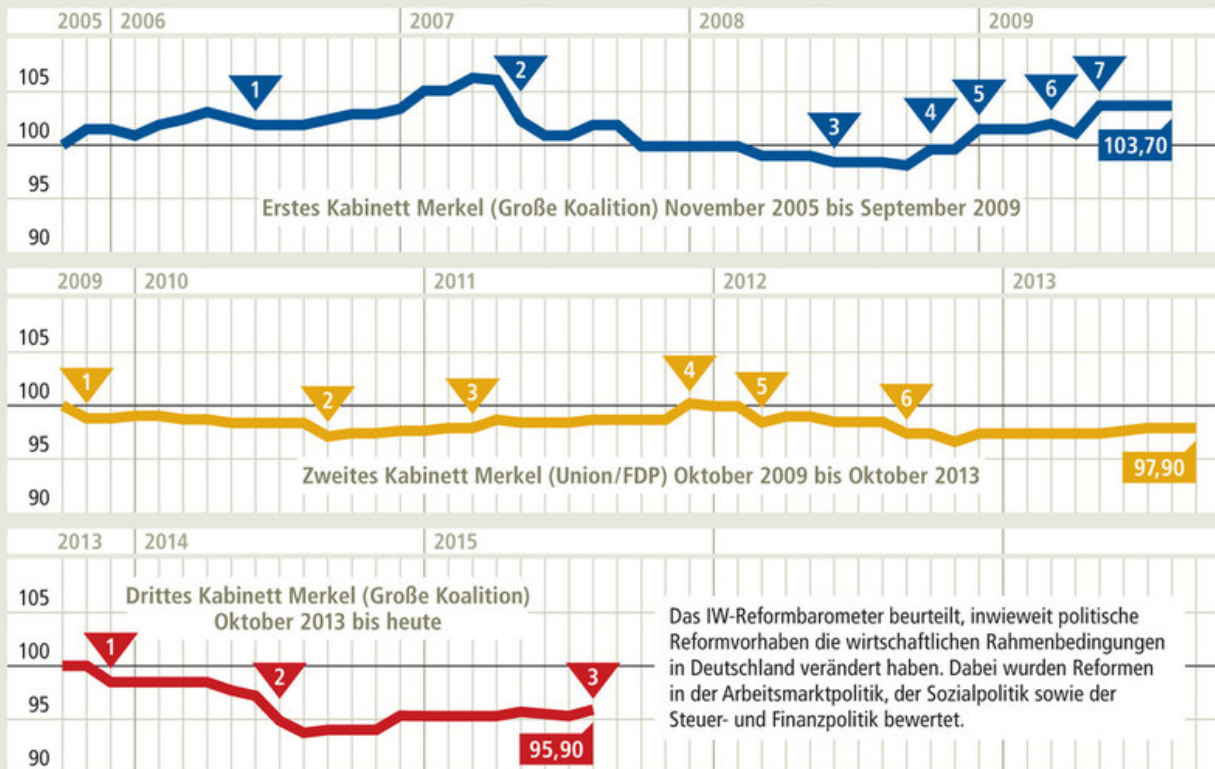
Im Bereich der Arbeitsbeziehungen konnte sich die Union nur in einem Punkt durchsetzen, wobei Sigmar Gabriel seinem Spitznamen „der rote Erhard“ gerecht wurde, denn er hatte sich ebenfalls für das Tarifeinheitsgesetz starkgemacht. Das Gesetz nimmt kleinere Spartengewerkschaften an die Leine und stärkt so den von Streiks geplagten Betrieben den Rücken.

Die Regelungen zum Mindestlohn, die Ausweitung der Allgemeinverbindlichkeit und die Öffnung des Arbeitnehmerentsendegesetzes für alle Branchen sind eindeutig SPD-Gewächse aus dem Aufgabengebiet von Andrea Nahles. Die Union musste diese Reformen schlucken, damit die Koalition zustande kam.

Ansonsten sind die Regierungen Merkel im Bereich der Arbeitsmarktpolitik nicht auffällig geworden - man hat schlicht die Früchte der Regierungen Schröder geerntet. Denn der Arbeitsmarkt ist nicht zuletzt wegen der Agenda 2010 und der Rentenreform Mitte der 1990er Jahre in einer robusten Verfassung (Grafik). Seitdem gehen wieder mehr Menschen - vor allem Ältere - einer Arbeit nach, weil sonst Hartz IV oder Rentenabschläge drohen. Allerdings ist die Rente mit 63 ein Sündenfall, der einen Teil der Erfolge aushebelt.

Zehn Jahre Merkel: Das Reformbarometer

Monat der Vereidigung jeweils = 100; Werte über 100: Verbesserung, Werte unter 100: Verschlechterung



Wichtige Ereignisse in den Legislaturperioden:

- | | | |
|---|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> 1 Juli 2006 2 Juni 2007 3 Juli 2008 4 November 2008 5 Januar 2009 6 April 2009 7 Juni 2009 | <ul style="list-style-type: none"> 1 November 2009 2 September 2010 3 März 2011 4 Dezember 2011 5 März 2012 6 September 2012 1 Dezember 2013 2 Juli 2014 3 August 2015 | <ul style="list-style-type: none"> Eckpunkte Gesundheitsreform (u. a. einheitlicher Beitragssatz) und Eckpunkte Unternehmenssteuerreform (u. a. Senkung des Körperschaftssteuersatzes) Eckpunkte Pflegereform (u. a. Erhöhung des Beitragssatzes und Ausweitung des Leistungskatalogs), Eckpunkte zur Einführung von branchenspezifischen Mindestlöhnen Verschärfung der Mindestlohnpläne Konjunkturpaket I (u. a. verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen, Wiedereinführung der Pendlerpauschale, Verlängerung der Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld) Konjunkturpaket II (u. a. Verringerung des Einkommenssteuersatzes und Erhöhung des Grundfreibetrags beim Einkommenssteuertarif, kommunales Investitionsprogramm, Senkung der Beitragssätze in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung) Rentengarantie (Rente darf nicht sinken trotz Rentenformel) Schuldenbremse Wachstumsbeschleunigungsgesetz (u. a. Lockerung der Zinsschranke, Mehrwertsteuersenkung für Hotels) Eckpunkte Gesundheitsreform (u. a. Beitragssatzerhöhung um 0,6 Punkte) Aussetzung Wehrpflicht Gesetzentwurf zum Abbau der kalten Progression Fehlende Umsetzung des Gesetzentwurfs zur kalten Progression Einführung des Betreuungsgelds Beitragssatzgesetz 2014 (Überschüsse wurden nicht zur Rentenbeitragsreduzierung verwendet) Gesetz zur Leistungsverbesserung in der Rentenversicherung (Rente mit 63, Mütterrente) Abschaffung des Betreuungsgelds |
|---|--|---|

Das Urteil über die Steuerpolitik aller von Merkel geleiteten Koalitionen fällt ambivalent aus. Zwar hat die erste Große Koalition den Körperschaftsteuersatz gesenkt und damit den Standort D gestärkt. Allerdings wurden zur Gegenfinanzierung Maßnahmen wie die Zinsschranke und eine Verschärfung der Abschreibungsbedingungen beschlossen, die für deutsche Firmen von Nachteil sind. Zudem ging die Anhebung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent im Jahr 2007 auf eine Initiative der Union zurück.

Ausgebremst wurde die Kanzlerin bei der Abschaffung der kalten Progression – der SPD-dominierte Bundesrat stoppte die Reform.

Eindeutig ein Unionsgewächs ist die Schuldenbremse. Allerdings wird sich erst noch zeigen müssen, ob Bund und Länder angesichts der Flüchtlingsströme wirklich sparen wollen und können. Für den Bundeshaushalt jedenfalls lässt sich feststellen, dass Merkel vor allem die Früchte der exzellenten Beschäftigungslage eingefahren hat – gespart wurde nie richtig, aber die Einnahmen sprudelten eben sehr üppig.

Ebenso eindeutig trägt die Energiewende Merckels Handschrift – diese Reform war für die ehemalige Umweltministerin eine Herzensangelegenheit und letztlich erzgrüne Politik. So soll bis zum Jahr 2022 der Ausstieg aus der Kernenergie vollzogen sein und bis 2050 die Stromversorgung zu 80 Prozent von den erneuerbaren Energien getragen werden – koste es, was es wolle. Allein 2016 werden die Erneuerbaren mit 10 Milliarden Euro mehr gefördert als im Energiewendejahr 2011.

Die Familienpolitik der Regierungen Merkel dürfte sich im Kern wenig von rot-grünen Vorstellungen unterscheiden.

Das Kita-Ausbauprogramm für unter Dreijährige, der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr und die Einführung des Elterngelds wurden parteiübergreifend beschlossen. Alle diese Maßnahmen sollen Frauen (und Männern) die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen.

Darüber hinaus hat Merkel das Thema Gleichstellung auch anderswo stärker in den

Vordergrund gerückt als ihre männlichen Vorgänger. Schröder hatte dieses Politikfeld noch als Gedöns abgetan. So ist 2006 das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz in Kraft getreten, der Bund hat eine Antidiskriminierungsstelle eingerichtet und ab 2016 gilt für die Aufsichtsräte von börsennotierten und voll mitbestimmungspflichtigen Unternehmen eine Frauenquote von 30 Prozent.

Was bleibt - neben der Flüchtlingspolitik - in der dritten Amtsperiode noch zu tun und was sollte die Regierung lieber lassen? Die Arbeitsministerin muss sich mehr um die Langzeitarbeitslosen kümmern, in der Steuerpolitik müssen die Gewerbesteuerreform und der Abbau der kalten Progression endlich auf die Agenda. Den Anstieg der Gesundheitsausgaben muss die Koalition in den Griff bekommen. Beerdigen dagegen sollte die Regierung die solidarische Lebensleistungsrente.

Was Angela Merkel am 22. November feiert, haben nur wenige Frauen vor ihr geschafft: Zehn Jahre Regierungszeit - länger im Amt waren nur die „eiserne Lady“ Margaret Thatcher, die ehemalige indische Premierministerin Indira Gandhi, Mary McAleese als irische Staatspräsidentin sowie die isländische Ex-Präsidentin Vigdís Finnbogadóttir.

Als Merkel 2005 zur ersten deutschen Kanzlerin gewählt wurde, war das geradezu eine Sensation. Doch Merkel profilierte sich schnell, 2012 kürte sie das Forbes-Magazin als erste Frau zur zweitmächtigsten Person der Welt.

Gleichwohl ist es Merkel auch in zehn Jahren Amtszeit nicht gelungen, die Frauenpräsenz in der Politik nachhaltig zu vergrößern: Lediglich 36 Prozent der Sitze im Deutschen Bundestag werden von Frauen bekleidet.

Frauen an der Macht

So hoch war der Frauenanteil im Juli 2015 in den nationalen Parlamenten, in Prozent

Europa Top

Schweden	43,6
Finnland	42,5
Spanien	41,1
Belgien	39,3
Dänemark	38,0

Europa Flop

Ungarn	10,1
Zypern	12,5
Malta	12,9
Rumänien	13,7
Irland	16,3

Platz 8: Deutschland 36,5

Ursprungsdaten:
Vereinte Nationen



© 2015 IW Medien · iwd 47

Dass es auch anders geht, zeigt ein Blick nach Afrika. In Ruanda sind 64 Prozent der Abgeordneten weiblich, das ist mehr als überall sonst auf der Welt. Doch Ruanda ist die Ausnahme, nicht die Regel. Im Durchschnitt aller nationalen Parlamente beträgt die weibliche Abgeordnetenquote 20 Prozent. In fünf Parlamenten – meist in sehr kleinen Staaten wie Mikronesien, Palau oder Katar – sitzen sogar gar keine Frauen.

Eine Ursache dafür dürfte sein, dass Frauen in vielen Gesellschaften die Rolle der selbstsicheren politischen Führungskraft nicht zugetraut wird. Falls man ihnen doch

ein Amt überträgt, kümmern sie sich meist um soziale Themen, selten um Wirtschaft oder Finanzen.

Von Merkel und anderen mächtigen Frauen

Was Angela Merkel am 22. November feiert, haben nur wenige Frauen vor ihr geschafft: Zehn Jahre Regierungszeit – länger im Amt waren nur die „eiserne Lady“ Margaret Thatcher, die ehemalige indische Premierministerin Indira Gandhi, Mary McAleese als irische Staatspräsidentin sowie die isländische Ex-Präsidentin Vigdís Finnbogadóttir.

Als Merkel 2005 zur ersten deutschen Kanzlerin gewählt wurde, war das geradezu eine Sensation. Doch Merkel profilierte sich schnell, 2012 kürte sie das Forbes-Magazin als erste Frau zur zweitmächtigsten Person der Welt.

Gleichwohl ist es Merkel auch in zehn Jahren Amtszeit nicht gelungen, die Frauenpräsenz in der Politik nachhaltig zu vergrößern: Lediglich 36 Prozent der Sitze im Deutschen Bundestag werden von Frauen bekleidet.

Dass es auch anders geht, zeigt ein Blick nach Afrika. In Ruanda sind 64 Prozent der Abgeordneten weiblich, das ist mehr als überall sonst auf der Welt.

Doch Ruanda ist die Ausnahme, nicht die Regel. Im Durchschnitt aller nationalen Parlamente beträgt die weibliche Abgeordnetenquote 20 Prozent. In fünf Parlamenten – meist in sehr kleinen Staaten wie Mikronesien, Palau oder Katar – sitzen sogar gar keine Frauen.

Eine Ursache dafür dürfte sein, dass Frauen in vielen Gesellschaften die Rolle der selbstsicheren politischen Führungskraft nicht zugetraut wird. Falls man ihnen doch ein Amt überträgt, kümmern sie sich meist um soziale Themen, selten um Wirtschaft oder Finanzen.

Kernaussagen in Kürze:

- Merkel hat den Sozialstaat umgebaut, aber nicht immer zum Guten.
- Auf dem Arbeitsmarkt hat die Kanzlerin nur die Ernte der rot-grünen Reformen eingefahren.
- Die Regelungen zum Mindestlohn, die Ausweitung der Allgemeinverbindlichkeit und die Öffnung des Arbeitnehmerentsendegesetzes für alle Branchen sind eindeutig SPD-Gewächse.